

Die brüchig gewordene Mitte: Vom Elend unserer Volksparteien

Vorwort von Werner J. Patzelt

Die politische Mitte ist in ihrem bisherigen Verständnis brüchig geworden. Heute beklagen wir die Erosion von Volksparteien sowie Viel-Fraktionen-Parlamente, welche die Regierungsbildung und das Regieren schwierig machen. Gestern beklagte man, dass in Deutschland neue Parteien keine Chance hätten, ins Parlament zu gelangen und politischen Einfluss auszuüben. Und vorgestern beklagten viele Deutsche, dass sie nur zwischen zwei Parteien (CDU und SPD) wählen und allenfalls die FDP als „Zünglein an der Waage“ nutzen könnten. Stets galt als falsch, was es auf der politischen Bühne gerade gab.

Wie also hätten wir es gerne? Sind neue Parteien etwas Gutes, das neue Möglichkeiten eröffnet? Oder sollten einmal etablierte Parteien groß bleiben bzw. wieder so groß werden, wie sie das einmal waren? Leidet unser Land heute an einer politischen Spaltung, die es zu überwinden gilt, oder haben sich „Systemparteien“ bis zur Ununterscheidbarkeit einander angeglichen – weshalb man ihr Machtmonopol durch das Wahlkreuz bei der Konkurrenz aufbrechen müsste? Und verläuft die Hauptkampflinie wirklich zwischen den „politisch Guten“ und den „politisch Bösen“, zwischen „Anständigen“ und „Populisten“, von denen die einen mit Respekt, die anderen mit Verachtung zu behandeln sind?

Über das alles wird heftig gestritten, in Talkshows und an Stammtischen, im Internet und zu Hause.¹ Da ist es hilfreich, wenn – wie im vorliegenden Buch – Schlüsselbeobachtungen vorgeführt werden und in klare Argumente münden. Über die kann natürlich – und soll laut dem Autor sogar – auch gestritten werden. Gleiches gilt für die folgenden Hinweise auf jene größeren Zusammenhänge, die das Anliegen von Roland Benediktters Essay zu einem wirklich wichtigen machen.

1 Zur Position des Verfassers siehe Patzelt, Werner J.: Grundlagen der Bürgergesellschaft: Gegen welche Trends muss man sie sichern? In: Mazal, Wolfgang und Rausch, Bettina (Hrsg.): Bürgergesellschaft heute. Grundlagen und politische Potentiale, edition noir, Wien 2021, S. 69–89.

„Volksparteien“ reichen in möglichst weite Kreise einer Bevölkerung möglichst tief hinein. Und sie versuchen, sehr unterschiedliche Weltsichten oder Interessen in den eigenen Reihen auszugleichen sowie miteinander zu verbinden.² Solche Parteien sind alles andere als selbstverständlich. Schon ihr Anliegen ist, zumindest auf den ersten Blick, nicht recht nachvollziehbar. Sollte eine Partei denn nicht für klare Positionen stehen, also eine scharfe Kante zu jenen ziehen, die – nach mehrheitlicher Parteimeinung – Falsches wollen, doch so dreist sind, ihrer Partei dennoch anzugehören? Wäre es denn nicht richtiger, solche Parteimitglieder rasch auszuschließen, die – wie früher Thilo Sarrazin bei der SPD oder zuletzt Hans-Georg Maaßen bei der CDU – von der Mehrheitsmeinung ihrer Partei abweichen? Müsste man nicht gerade in der eigenen Partei klar Freund und Feind voneinander scheiden?

Das alles kann man so sehen und wird auch von vielen so gesehen. Doch dann stellt sich die Frage, wie denn im Parlament, in das die Parteien meist streben, die Integration eines politisch diversen Staatsvolks gelingen soll, wenn man schon Meinungsunterschiede mit politisch halbwegs nahestehenden Parteimitgliedern nicht mehr aushält. Schließlich sind demokratische Parlamente nicht nur Stätten zur Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen, sondern auch Bühnen des öffentlich ausgetragenen politischen Streits. Also müssen wir unbedingt die Voraussetzungen parlamentarischen Funktionierens sichern und zu diesem Zweck unser gerade auf pluralistische *Konflikte* gegründetes Gemeinwesen zusammenhalten.³ Das geschieht durch eigenen Respekt vor Regeln, durch Toleranz gegenüber regelbefolgenden Andersdenkenden, sowie auf der Grundlage von Vertrauen in die Integrationskraft von fair ausgetragem politischem Streit.

Tatsächlich überlastet es die Willensbildungs- und Entscheidungsmaschinerie eines Parlaments, wenn erst dort auf jenen Zusammenhalt von Vertretern konkurrierender Weltsichten und Interessen ausgegangen werden soll, um den man sich in den staatstragenden Parteien selbst gar nicht mehr kümmern mag. Umgekehrt funktioniert Parlamentarismus dann be-

2 Siehe dazu auch Patzelt, Werner J.: Parteien und Bürger – erreichen die Parteien noch die Bürger? In: Morlok, Martin, Poguntke, Thomas und Sokolov, Ewgenij (Hrsg.): Parteienstaat – Parteiendemokratie, Nomos Verlag, Baden-Baden 2018, S. 25–37.

3 Im Einzelnen dazu: Patzelt, Werner J.: Das Parlament als Kommunikationsraum. Funktionslogik und analytische Kategorien. In: Schulz, Andreas und Wirsching, Andreas, (Hrsg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Droste Verlag, Düsseldorf 2012, S. 45–73.

sonders gut, wenn vielerlei politischer Streit bereits innerhalb weniger Parteien und Fraktionen in Kompromisse geronnen ist. Dann nämlich kann man sich beim parlamentarischen Streit zwischen den Fraktionen aufs Grundsätzliche und Unvereinbare beschränken, über das am Ende eben mehrheitlich entschieden werden muss. Also tut einem Parlamentarismus, der redlich auf Integration durch faire Konfliktaustragung setzt, so etwas wie ein Gefüge von Volksparteien wirklich gut.

Jedenfalls hatte Bundesdeutschland sehr lange Zeit sehr viel Glück mit dem inneren Integrationswillen seiner großen Parteien sowie mit deren in weite Teile der Gesellschaft ausgreifenden Anziehungskraft. Solchem Gelingen verdankte unser Parlamentarismus auch jenes große Einbindungspotential, dank welchem – beispielsweise – die einst ausdrücklich als Anti-Parteien-Partei gestarteten Grünen, ihrerseits lange Zeit nur auf außerparlamentarische Opposition aus, eben doch zu einer normalen Regierungspartei wurden. Vermutlich trug zu solcher Integrationskraft nicht wenig bei, dass in der deutschen Westrepublik, entstanden aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, dem Weimarer Parteienspektrum seine giftigen Ränder gleichsam abgeschnitten waren: der Nazismus aufgrund der Nazi-Verbrechen, der Kommunismus wegen seiner abschreckenden Praxis in der entstehenden DDR. Zugleich stiftete der wirtschaftliche Erfolg des neuen Weststaates mehr und mehr Vertrauen in die ihn prägenden Parteien. Die trafen deshalb – anders als zu Weimarer Zeiten – auf wenig Widerstand beim verbenden Vordringen in die Reihen derer, die am Wert der neuen Ordnung zunächst und weiterhin zweifelten.

Seit dem Versterben der bundesdeutschen Aufbaugeneration ist das alles aber von einer plausiblen Lebenswirklichkeit zum Buchwissen geworden, das vielfach als für die Gegenwart belanglos gilt. Weil freilich neue Zeiten immer wieder neue Herausforderungen stellen, die alte Parteien oft nicht wahrhaben wollen, entstehen immer wieder Protestparteien. Aufgrund medialer Sympathievorsprünge sind in Deutschland solche neuen Parteien, die sich links geben, stets erfolgreicher als solche, die rechts stehen oder erfolgreich als rechts etikettiert werden. Hinzu kamen mit der Wiedervereinigung nicht nur Millionen von Wählerinnen und Wählern, denen bundesdeutsche Selbstverständlichkeiten unvertraut oder nicht geheuer waren, weshalb sie im westdeutschen Parteiensystem nie richtig heimisch wurden. Außerdem brachten die neuen Bundesländer ihrerseits wählerstarke Parteien hervor, die den „Weststaat“ samt seinen Hegemonialparteien ohnehin nicht schätzten. Unter ihnen wandelte sich zwar die PDS als „Linke“ weitgehend zu einer Systempartei oder verlor an Unterstützung. Doch die AfD profitiert bis heute davon, dass die einstigen

Volksparteien nicht nur eigene Wähler widerstandslos zu ihr abwandern ließen, sondern diese durch verbalradikal gezogene Trennstriche im rechts-populistischen Abseits dann geradezu einsperrten.⁴ Aus einstigen „catch all parties“, wie man Volksparteien auf Englisch besser bezeichnet als auf Deutsch, wurden jedenfalls Abgrenzungs- und Ausgrenzungsparteien. Die haben sich, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, inzwischen allerdings entlang der sogenannten „Sozialistenspirale“ ziemlich weit ins Dünne gebohrt: Je reiner die Lehre, desto kleiner der Kreis ihrer Anhänger!

Freilich zeigten schon die Jahre hochmodischer „Politikverdrossenheit“ nach der Wiedervereinigung, dass große Teile der Bevölkerung angefangen hatten, der Politik einstigen Respekt und den Parteien früheres Vertrauen zu entziehen. Angesichts entsprechender Umfragebefunde beruhigten sich damals viele damit, dass eine auf mehr soziale Gerechtigkeit ausgehende Politik die Verdrossenen aus ihren Trotzecken locken würde – und zwar dauerhaft zugunsten linker Parteien, falls nur die Wahlen endlich eine passende Gestaltungsmehrheit schüfen. Andere beruhigten sich damit, die Politikverdrossenheit werde dann vergehen, wenn ostdeutsche Transformationswunden alsbald vernarbt wären – und sich Bundesdeutschlands Erfolgsgeschichte in blühenden Landschaften ostwärts der Elbe fortsetze. Und heute beruhigen sich viele damit, es wären einfach nur Wende- oder Modernisierungsverlierer sowie dumme Islam- und Ausländerhasser, die jenes weltoffene, also rein verfassungspatriotische Wir-Gefühl erstickten, in dem Deutschlands Parteien sich andernfalls suhlen könnten wie einst die Union im Wirtschaftswunderland. Also brauche es nur einen weiterhin entschiedenen, mit immer mehr Geld und Aktivisten geführten Kampf gegen rechts, um Deutschland politische Pathologien gezielt zum Verschwinden zu bringen. Freilich solle man stets auch deren Symptome unterdrücken, nämlich zum Zweck politischer Hygiene, und zwar durch mit sozialen Sanktionen bewehrte Gebote und Verbote politischer Korrektheit, durch De-Platforming und Cancel Culture, sowie durch abschreckende Ausgrenzungen derer, die Kontaktschuld auf sich geladen hätten, indem

4 Dazu auf der Grundlage umfangreicher Umfragedaten: Patzelt, Werner J.: Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49, 2018, S. 885–895.

sie sich auf Schmuddelkinder außerhalb der Komfortzone unseres Justemilieu einließen.⁵

An alledem ist manches dran. Doch verkannt wird entlang solcher Denkweisen das Grundproblem. Es besteht darin, dass gar nicht wenige in Deutschland den Eindruck haben, dieses Gemeinwesen werde von seinen Politikern auf ungute Wege geführt. Ihnen entlang könne es bald schon sehr viel von dem eingebüßt haben, was nach Krieg und Wiedervereinigung errungen worden sei. Etwa würden leichtfertig die Grundlagen unseres Wohlstands gefährdet; und jetzt schon wäre jene einst selbstverständliche Diversität politischer Positionen dahin, von denen man viele noch vor wenigen Jahren ohne zwischenmenschliche Folgeschäden nicht nur privat, sondern auch öffentlich habe vertreten können. Vor allem die von den meisten deutschen Parteien gemeinsam vertretene Politik bei Herausforderungen in der Eurozone, bei der Energieversorgung und angesichts von Migration sowie unzulänglicher Integration von Zuwanderern, führt bei nicht wenigen der schon länger im Land Lebenden zum Eindruck, es gehe mit dem bergab, was sie an Deutschland geschätzt hätten. Also werde zwar noch nicht die eigene Zukunft, sehr wohl aber die ihrer Kinder und Enkel deutlich schlechter sein als das Leben zu jenen Zeiten, als die Leistungskraft von Deutschlands Wirtschaft, Infrastruktur, Verwaltung und Bildungsinstitutionen noch wie unanfechtbar wirkte.

Natürlich kann man auch über solche Lagebeurteilungen streiten. Doch beim ernsthaft geführten Streit darüber wirkt eben doch immer wieder der Gedanke plausibel, dass viele Erfolgsrezepte aus Deutschlands und Europas letzten Jahrzehnten in ihren politischen Grenznutzenbereich geraten sind. Das heißt: Sie erbringen inzwischen kaum mehr an Ertrag, als sie an Aufwand verlangen oder an Begleitschäden erzeugen.⁶ Schon hat sich, glücklicherweise, die Einsicht verbreitet, dass die neoliberale Globalisierung neben wertvollen Fortschritten bei der Verringerung von Hunger und Armut eben auch Zerstörungsschneisen durch regionale Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen gezogen hat. Doch immer noch Widerstände von Gefühl und Verstand löst der Gedanke aus, gerade *wegen* der so großen Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungswerks werde „noch

5 Zum größeren Zusammenhang: Patzelt, Werner J.: Kann man es mit politischer Korrektheit auch übertreiben? In: ders.: *Deutsche und ihr demokratisches Land. Herausforderungen und Antworten*, Ergon Verlag, Baden-Baden 2018, S. 302–311.

6 Hierzu kontextualisierend: Patzelt, Werner J.: *Das Zeitverständnis heute. Herausforderungen unserer Epoche*. In: *Theodor-Litt-Jahrbuch 2012/8*, Universitätsverlag Leipzig, S. 41–51.

mehr Europa“ fortan die Entscheidungsspielräume der EU-Staaten auch dort einengen, wo sie gemäß dem Subsidiaritätsprinzip selbst für ihr Schicksal sorgen könnten. Diese Formel überdeckt sogar schönend noch größere Einbußen, die hier drohen. Das sind solche an mitgliedsstaatlicher Demokratie und an der Legitimität von europäischen Institutionen, die inzwischen oft eher als übergriffig denn als hilfreich bei der Sicherung eines gemeinsamen Raums von Sicherheit und Wohlstand empfunden werden.

Obendrein merken jene, die nicht in den Wohngebieten der akademisch gebildeten Mittelschichten leben, dass „mehr Liberalität“ durchaus zur Verwahrlosung im Bildungs- und Arbeitssystem sowie zur Entstehung einer Unterschicht führen kann, die von staatlichen Transfereinkommen lebt und keine sonderlichen Zukunftsperspektiven besitzt. Damit aber kommen weder solche Leute selbst noch die von ihnen genutzten öffentlichen Räume gut zurecht. Wer dann nicht frei ist, dank Sprachkenntnissen, Beruf und Wohlstand sein Lebensglück anderswo als in Deutschland zu suchen, der fühlt sich von der etablierten Politik und den sie gestaltenden Parteien alsbald in die Enge getrieben oder um eigentlich mögliche Lebensqualität betrogen. Und wenn Politiker entsprechende Bürgersorgen dann nicht einmal mehr anhören wollen, sondern als „rein populistisch“ zurückweisen, dann kündigen nicht nur von solchen Erfahrungen Betroffene unserem politischen System innerlich, sondern auch gar nicht wenige Beobachter dieses oft üblen Spiels. Anschließend regt sich vielfacher Protest, mit dem sich nicht wenige gegen die Politikerschaft und ihr Tun auflehnen. Das alles erleben wir seit etlichen Jahren.

Wirkliche Volksparteien sähen es in dieser Lage als ihre Pflicht an, auf besorgte Bürger zu hören, am Gehörten das sachlich Begründete vom fälschlich Befürchteten zu unterscheiden, reale Probleme durch Korrekturen der sie verursachenden Politik zu lösen – und reine Einbildungen durch hartnäckiges öffentliches Argumentieren als solche sichtbar und dann womöglich auch verzichtbar zu machen. Einst verdankten die – damals zu Recht so genannten – Volksparteien ihre Stärke genau solcher Bereitschaft und Praxis. Seit aber deren Anführerinnen und Anführer es an derlei Wollen oder Tun fehlen lassen, seit sie sich eher als gesinnungsethische Morallehrer aufspielen, statt als demütige Verwalter von verantwortungsethisch auszuübender Macht aufzutreten, schwächeln die Volksparteien und überlassen einst von ihnen angezogene Wähler populistischen Parteien. Getragen vom Glauben, allenfalls entschlossener müsse man entlang der längst eingeschlagenen Richtung weiterreiten, nicht aber diese selbst hinterfragen, setzt außerdem das Parteiestablishment in

unseren mediendemokratischen Zeiten seine Hoffnungen allzu gern auf die zeitweilige Attraktivität politischer Anführer sowie auf deren – als journalistisch machbar erwiesene – Popularität. Dabei gerät man leicht in die Grenzmark hin zur Demagogie oder medialen Manipulation. In ihr ertappt wie ein ehemaliger österreichischer Bundeskanzler, den viele deutsche Wahlkämpfer einst zum Vorbild nahmen, lässt sich nichts mehr von jenem Schaden wiedergutmachen, den man auf solche Weise einer parlamentarischen Demokratie angetan hat.

Tiefster Grund solchen Versagens einstiger Volksparteien scheint zu sein, wie sie die Rekrutierung und die Karrieren ihres Führungspersonals ausgestalten.⁷ Inhaltliche Substanz gilt heute weniger als Medienwirksamkeit; und die technische Beherrschung politischer Mittel zählt mehr als Sachverstand beim Begreifen jener Probleme, die es mit den Mitteln der Politik zu lösen gilt. Wie soll das auch anders sein, wenn man inzwischen entweder als „Berufspolitiker seit jungen Jahren“ ins Parlament gelangt – oder eben nie! Also muss man sich entsprechend früh innerparteilich engagieren und somit ins Abhängigkeitssystem parteiinterner Rücksichtnahmen begeben, statt sich erst einmal die Grundlagen für ein Leben auch ohne Politik schaffen zu können. Auf so organisierten Karrierewegen bezieht man dann seine Positionen am klügsten gemäß dem jeweils aktuellen Tausch- und Gebrauchswert von politischen Inhalten – nicht aber danach, was man beispielsweise von Energie- oder Verteidigungspolitik wirklich verstanden hat. Solche Verhaltensmuster machen zuerst die Parteipolitik selbstbezüglich, alsbald auch die Parlamentspolitik; und korrigierender Kontakt mit der dann doch nicht nach eigener Laune zurechtdeutbaren Wirklichkeit etwa von Außen- oder Wirtschaftspolitik ereignet sich allzu oft erst dann, wenn es Regierungsämter zu verwalten gilt. Doch die wären eigentlich zu wichtig, um als Ausbildungsstätte zu dienen. Derlei Politikerpathologien spürt ein Großteil der Bevölkerung sehr wohl, entfremdet sich deshalb Politikern und ihren Parteien, wird – je nach Naturell – zornig oder sarkastisch, schwankt zwischen politischer Apathie und sprunghafter Aggressivität.

7 Diese Probleme sind längst bekannt, werden aber bis heute nicht angegangen. Siehe dazu Patzelt, Werner J.: Parlamentarische Rekrutierung und Sozialisation. Normative Erwägungen, empirische Befunde und praktische Empfehlungen. In: Zeitschrift für Politik 46/3, 1999, S. 243–28, sowie ders.: Vorwahlen für alle Kandidaturen um Parlamentsmandate. In: ders.: Deutsche und ihr demokratisches Land. Herausforderungen und Antworten, Ergon Verlag, Baden-Baden 2018, S. 535–553.

Man mag sich damit trösten, dass es gerade so seit vielen Jahrzehnten nicht nur in Frankreich oder Italien ist. Auch an den USA ist zu erkennen, in wie üble Lagen es führt, wenn Parteien nicht mehr in den eigenen Reihen bevölkerungsnahe politische Diversität zulassen, sondern an die Stelle von parteipolitisch überlappendem Pluralismus Selbstgefälligkeit und Gegnerverachtung setzen. Wie schön wäre es, wenn unter solchen Umständen Deutschland seine Erfahrungen mit Volksparteien neu schätzen wollte und diese Art von Parteien wiederzubeleben versuchte! Es mag schon sein, dass ein solcher Neubeginn derzeit nicht geht. Doch auch Deutschlands Wiedervereinigung schien lange Zeit ganz unmöglich zu sein – und war es dann trotzdem nicht. Also zieht man am besten die Lehre, dass am Sinnvollen festzuhalten sich langfristig durchaus rentieren kann, falls – wider alles Erwarten – hinderliche Umstände sich eben doch noch verändern und das Richtige genau dann möglich wird, wenn man sich darauf gerichtetes Wissen und Wollen bewahrt hat. Dazu motiviert Roland Benedikters Essay mit seinen klaren Aussagen darüber, was Parteien im Dienst des gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalts tun sollten.

Doch ins Werk setzen lassen sich die dortigen Einsichten nur von solchen Leuten, die in politischen Parteien auch wirklich tätig sind. Zunächst einmal zu hilfreichen und auch belastbaren Einsichten zu gelangen, ist gewiss die Aufgabe von Politikwissenschaftlern. Doch allein als Beobachter und Analytiker oder als Politiklehrer tut man durchaus noch nicht alles, was sich von einem wissenschaftlichen Fachmann für unsere freiheitliche Demokratie leisten ließe. Wem diese am Herzen liegt, sollte sich deshalb vom allzu billigen Glaubenssatz verabschieden, ein „wirklicher Politikwissenschaftler“ müsse sich von der Mitgliedschaft in einer Partei fernhalten. Viel sachgerechter wäre die Forderung, von Parteirücksichten freie politikwissenschaftliche Kompetenz solle zur *Ressource* persönlichen parteipolitischen Engagements gemacht werden.⁸ Täten das mehr Politikwissenschaftler als derzeit, und griffen Volksparteien sowie solche, die das werden wollen, auf diese noch weithin brachliegenden Ressourcen neugieriger und williger als bislang zu, dann wäre Deutschlands einst

8 Siehe dazu auch Patzelt, Werner J.: Wertfreie Wissenschaft? Motive, Adressaten und Regeln einer praxisnützlichen Politikwissenschaft. In: Korte, Karl-Rudolf und Florack, Martin, (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2021, S. 1–10; sowie ders.: Politikberatung und ihre Legitimität. In: Kopka, Artur, Piontek, Dorota und Minkenberg, Michael (Hrsg.): Politikberatung und Lobbyismus im parlamentarischen Entscheidungsprozess, Springer, Wiesbaden 2019, S. 25–43.

großen Parteien viel geholfen – und unserer von Parteien zu tragenden Demokratie erst recht.

Prof. em. Dr. Werner Patzelt

1991–2019 Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich, TU Dresden

Autor von *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*, Passau 1992, 7. Auflage 2013

Mitglied der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Mitglied bzw. Co-Chair (seit 2007) des IPSA-Research Committee of Legislative Specialists (RCLS)

Kuratoriumsmitglied der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Mitglied des Sächsischen Kultursenats

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Instituts für sachunmittelbare Demokratie (DISUD)

Ehemaliges Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung

